

[Handout der European Radio Training Initiative („Ether Train“) Module 3: Extended – entwickelt von: Orange 94.0, Radio Robin Hood, OLON, Tilos Radio im Rahmen des Leonardo da Vinci Programms der Europäischen Union]

### **I. Strafrecht:**

Die in der Praxis häufigsten Medieninhaltsdelikte sind die Ehrenbeleidigungsdelikte, die Kreditschädigung und die Verleumdung.

#### **§ 111 StGB: Üble Nachrede**

Einer üblen Nachrede macht sich schuldig, wer einen anderen in einer für einen Dritten wahrnehmbaren Weise einer verächtlichen Eigenschaft oder Gesinnung zeugt (Charaktervorwurf) oder eines unehrenhaften Verhaltens oder eines gegen die guten Sitten verstoßenden Verhaltens beschuldigt, das geeignet ist, ihn in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen oder herabzusetzen (Verhaltensvorwurf). Verächtlich machen solche ungünstigen Eigenschaften und Gesinnungen, die für die menschliche Umgebung nur sehr schwer erträglich sind und eine heftige Ablehnung des Durchschnittsmenschen hervorrufen.

Der Täter ist jedoch nicht zu bestrafen, wenn der Vorwurf als wahr erwiesen wird. Auch der Gutgläubensbeweis kann unter Umständen ausreichen.

#### **§ 113 StGB: Vorwurf einer schon abgetanen gerichtlich strafbaren Handlung**

Die Bestimmung dient der strafrechtlichen Absicherung der Resozialisierungschance, die erfahrungsgemäß gefährdet wäre, wenn einem Straftäter bei jeder Gelegenheit die „abgetane“ Straftat und damit sein früheres „Versagen“ vorgehalten werden könnte.

#### **§ 115 StGB: Beleidigung**

Die Beleidigung umfaßt vier Tathandlungen: Beschimpfung, Verspottung, körperliche Mißhandlung und Bedrohung mit einer körperlichen Mißhandlung. Hierunter fallen derbe Mißfallenskundgebungen, die sich auf inhaltslose Vermittlung der Ablehnung beschränken. Daher ist eine Beschimpfung durch „an sich wahre Tatsachen“ begrifflich ausgeschlossen.

Als Entschuldigungsgrund kommt die Entrüstungsbeleidigung in Betracht.

#### **§ 152 Kreditschädigung**

Strafrechtlich verantwortlich wird, wer unrichtige Tatsachen behauptet und dadurch den Kredit, den Erwerb oder das berufliche Fortkommen eines anderen schädigt oder gefährdet.

## **§ 297 StGB: Verleumdung**

Wer einen anderen dadurch der konkreten Gefahr einer behördlichen Verfolgung aussetzt, daß er ihn einer von Amts wegen zu verfolgenden, mit Strafe bedrohten Handlung oder der Verletzung einer Amts- oder Standespflicht falsch verdächtigt, verwirklicht diesen Tatbestand, wenn er weiß, daß die Verdächtigung falsch ist. Die Strafdrohung für die Verleumdung orientiert sich an der Strafdrohung der fälschlich angelasteten Handlung.

## **§ 120 StGB: Mißbrauch von Tonaufnahme- oder Abhörgeräten**

Wer ein Tonaufnahmegerät oder ein Abhörgerät benützt, um sich oder einen anderen Unbefugten von einer nichtöffentlichen und nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmten Äußerung eines anderen Kenntnis zu verschaffen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.

Ebenso ist zu bestrafen, wer ohne Einverständnis des Sprechenden die Tonaufnahme einer nichtöffentlichen Äußerung eines anderen einem Dritten, für den sie nicht bestimmt ist, zugänglich macht oder eine solche Aufnahme veröffentlicht.

## **II. Zivilrecht**

### **Der zivilrechtliche Ehrenschutz, § 1330 ABGB:**

*Wenn jemandem durch Ehrenbeleidigung ein wirklicher Schade oder Entgang des Gewinns verursacht worden ist, so ist er berechtigt, den Ersatz zu fordern.*

*Dies gilt auch, wenn jemand Tatsachen verbreitet, die den Kredit, den Erwerb oder das Fortkommen eines anderen gefährden und deren Unwahrheit erkannte oder erkennen mußte. In diesem Fall kann auch der Widerruf und die Veröffentlichung desselben verlangt werden. Für eine nicht öffentlich vorgebrachte Mitteilung, deren Unwahrheit der Mitteilende nicht kennt, haftet er nicht, wenn er oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse hatte.*

Bei Ehrenbeleidigung besteht Anspruch auf Ersatz des positiven Schadens und entgangenen Gewinn, und bei Wiederholungsgefahr ein verschuldensunabhängiger Unterlassungsanspruch.

Bei Rufschädigung Ersatz des Vermögensschadens und im Unterschied zur Ehrenbeleidigung auch der Widerruf und dessen Veröffentlichung und ebenso ein verschuldensunabhängiger Unterlassungsanspruch.

### **Zitate**

Ein besonderes Problem besteht, wenn jemand bloß die ehrenrührige Äußerung eines anderen wiedergibt: Die Wiedergabe ist nur dann gerechtfertigt, wenn es sich um ein korrektes Zitat handelt. Es muß ein öffentliches Interesse an der Äußerung bestehen. Die Berichterstattung muß distanziert sein.

## **Livesendungen**

Bei Livesendungen besteht keine Eingriffsmöglichkeit auf inkriminierende Äußerungen. Voraussetzung für diesen Ausschlußgrund ist aber, daß die gebotene journalistische Sorgfalt nicht außer Acht gelassen wurde. Hier ist auch die Auswahl der Gäste und die Art der Fragestellung zu berücksichtigen.

### **III. Mediengesetz:**

Unter einem Medieninhaltsdelikt im Sinne des Mediengesetzes versteht man eine durch den Inhalt eines Mediums begangene, mit gerichtlicher Strafe bedrohte Handlung, die in einer an einen größeren Personenkreis gerichteten Mitteilung oder Darbietung besteht.

Ein Medium ist nach der Definition des Mediengesetzes jedes Mittel zur Verbreitung von Mitteilungen oder Darbietungen mit gedanklichem Inhalt in Wort, Schrift, Ton und Bild an einen größeren Personenkreis im Wege der Massenherstellung oder Massenverbreitung.

Das Mediengesetz gilt also nicht nur für Druckmedien, sondern auch für elektronische Medien und vor allem für den Rundfunk.

#### **§ 6 Mediengesetz: Üble Nachrede, Beschimpfung, Verspottung und Verleumdung**

*Wird in einem Medium der objektive Tatbestand der üblen Nachrede, der Beschimpfung, der Verspottung oder der Verleumdung hergestellt, so hat der Betroffene gegen den Medieninhaber (Verleger) Anspruch auf eine Entschädigung für die erlittene Kränkung. Die Höhe des Entschädigungsbetrages ist nach Maßgabe des Umfangs und der Auswirkungen der Veröffentlichung, insbesondere auch der Art und des Ausmaßes der Verbreitung des Mediums, zu bestimmen; auf die Wahrung der wirtschaftlichen Existenz des Medienunternehmens ist Bedacht zu nehmen.*

#### **§ 7 Mediengesetz: Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches**

*Wird in einem Medium der höchstpersönliche Lebensbereich eines Menschen in einer Weise erörtert oder dargestellt, die geeignet ist, ihn in der Öffentlichkeit bloßzustellen, so hat der Betroffene gegen den Medieninhaber (Verleger) Anspruch auf eine Entschädigung für die erlittene Kränkung.*

Die §§ 6 und 7 statuieren einen besonderen zivilrechtlichen Anspruch auf Schadenersatz wegen übler Nachrede im Sinne des § 111 StGB, Beschimpfung oder Verspottung im Sinne des § 115 StGB oder Verleumdung im Sinne des § 297 StGB (§ 6) oder wegen eines nicht als eines dieser Delikte zu beurteilenden Eingriffes in die Intimsphäre (§ 7).

## **§ 7a Mediengesetz: Schutz vor Bekanntgabe der Identität in besonderen Fällen**

*Werden in einem Medium der Name, das Bild oder andere Angaben veröffentlicht, die geeignet sind, in einem nicht unmittelbar informierten größeren Personenkreis zum Bekanntwerden der Identität einer Person zu führen, die*

*1. Opfer einer gerichtlich strafbaren Handlung geworden ist oder*

*2. einer gerichtlich strafbaren Handlung verdächtig ist oder wegen einer solchen verurteilt wurde, und werden hiedurch schutzwürdige Interessen dieser Person verletzt, ohne daß wegen deren Stellung in der Öffentlichkeit, wegen eines sonstigen Zusammenhanges mit dem öffentlichen Leben oder aus anderen Gründen ein überwiegendes Interesse der Öffentlichkeit an der Veröffentlichung dieser Angaben bestanden hat, so hat der Betroffene gegen den Medieninhaber (Verleger) Anspruch auf Entschädigung für die erlittene Kränkung.*

Das heißt, daß Täter und Opfer einer Straftat gegen Namensnennung (und Bildveröffentlichung) geschützt sind. Auch der/die Tatverdächtige ist geschützt. § 7a bezieht sich nur auf gerichtlich strafbare Handlungen. Durch die Offenlegung der Identität müssen schutzwürdige Interessen verletzt worden sein. Geschützt werden Name, Bild und andere Angaben zur Person, die geeignet sind, zu einem Bekanntwerden der Identität dieser Person in einem nicht unmittelbar informierten größeren Personenkreis zu führen.

## **§ 7b Mediengesetz: Schutz der Unschuldsvermutung**

*Wird in einem Medium eine Person, die einer gerichtlich strafbaren Handlung verdächtig, aber nicht rechtskräftig verurteilt ist, als überführt oder schuldig hingestellt oder als Täter dieser strafbaren Handlung und nicht bloß als tatverdächtig bezeichnet, so hat der Betroffene gegen den Medieninhaber (Verleger) Anspruch auf eine Entschädigung für die erlittene Kränkung.*

Diese Bestimmung soll den Schutz der Unschuldsvermutung gewährleisten. Die Anspruchsberechtigung kommt Personen zu, die zwar gerichtlich strafbarer Handlungen verdächtig werden, aber noch nicht rechtskräftig verurteilt worden sind. Wird über sie berichtet, dürfen sie nicht als Täter sondern nur als Tatverdächtige beschrieben werden.

## **§ 9 Mediengesetz: Gegendarstellung**

*Jede durch eine Tatsachenmitteilung, die in einem periodischen Medium verbreitet worden ist, nicht bloß allgemein betroffenen natürliche oder juristische Person (Behörde) hat Anspruch auf unentgeltliche Veröffentlichung einer Gegendarstellung in diesem Medium, es sei denn, daß die Gegendarstellung unwahr oder ihre Veröffentlichung aus anderen Gründen ausgeschlossen ist.*

*Einer Gegendarstellung zugängliche Tatsachenmitteilungen sind Angaben, die ihrer Art nach einer Prüfung auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zugänglich sind und deren wesentliche Aussage nicht bloß in einer persönlichen Meinungsäußerung, einer Wertung oder einer Warnung vor dem zukünftigen Verhalten eines anderen besteht.*

*In der Gegendarstellung ist in knapper Weise auszuführen, daß und inwieweit die Tatsachenmitteilung unrichtig oder unvollständig sei und woraus sich dies ergäbe. Die Gegendarstellung kann sprachlich frei gestaltet werden. Sie muß entweder die Tatsachen anführen, die im Gegensatz zur Tatsachenmitteilung richtig sind oder eine letztere in einem erheblichen Punkt ergänzen, oder sich sonst unmittelbar auf die Tatsachenmitteilung und deren Unrichtigkeit oder irreführende Unvollständigkeit beziehen. Ihr Umfang darf nicht außer Verhältnis zu dem der Tatsachenmitteilung stehen. Sie muß in der Sprache der Veröffentlichung, auf die sich bezieht, abgefaßt sein.*

Zeitpunkt der Veröffentlichung: Täglich oder mindestens fünfmal in der Woche ausgestrahlte Rundfunkprogramme haben die Pflicht, spätestens am 5. Werktag nach dem Einlangen des Begehrens eine Gegendarstellung zu veröffentlichen.

Form der Veröffentlichung: Die Veröffentlichung einer Gegendarstellung im Rundfunk hat durch Verlesen des Textes durch einen Sprecher zu geschehen.

## **§ 22 Mediengesetz: Verbot von Fernseh-, Hörfunk-, Film- und Fotoaufnahmen**

*Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Fotoaufnahmen von Verhandlungen der Gerichte und unabhängigen Verwaltungssenaten sind unzulässig.*

Tonbandaufnahmen, die nicht Sendezwecken, sondern der eigenen Gedächtnisstütze dienen, fallen an sich nicht unter § 22 Mediengesetz. In Ausübung des Hausrechts kann aber der Richter oder die Richterin ein Aufnahme- und Übertragungsverbot (etwa auch in den übrigen Räumlichkeiten des Gerichts) verfügen.

## **§ 23 Mediengesetz: Verbotene Einflußnahme auf ein Strafverfahren**

*Wer in einem Medium während eines gerichtlichen Strafverfahrens nach rechtskräftiger Versetzung in den Anklagestand, im Verfahren vor dem Einzelrichter des Gerichtshofes erster Instanz oder im bezirksgerichtlichen Verfahren nach Anordnung der Hauptverhandlung, vor dem Urteil erster Instanz den vermutlichen des Strafverfahrens oder den Wert eines Beweismittels in einer Weise erörtert, die geeignet ist, den Ausgang des Strafverfahrens zu beeinflussen, ist vom Gericht mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen zu bestrafen.*

Hinsichtlich der Verdächtigen soll nach Möglichkeit hintangehalten werden, daß sie in der Form eines Medienprangers anstelle oder zusätzlich zur gerichtlichen Bestrafung eine soziale Ersatz- oder Zusatzbestrafung erfahren.

## **§ 29 Mediengesetz: Wahrnehmung journalistischer Sorgfalt**

Der Medieninhaber (Verleger) oder ein Medienmitarbeiter ist wegen eines Medieninhaltsdelikts, bei dem der Wahrheitsbeweis zulässig ist, nicht nur bei erbrachtem Wahrheitsbeweis, sondern auch dann nicht zu bestrafen, wenn ein überwiegendes Interesse der Öffentlichkeit an der Veröffentlichung bestanden hat und auch bei Aufwendung der gebotenen journalistischen Sorgfalt für ihn hinreichende Gründe vorgelegen sind, die Behauptung für wahr zu halten. Wegen eines Medieninhaltsdelikts, das den höchstpersönlichen Lebensbereich betrifft, ist der Medieninhaber (Verleger) oder ein Medienmitarbeiter jedoch nur dann nicht zu bestrafen, wenn die Behauptung wahr ist und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben steht.

Die Aufwendung der gebotenen journalistischen Sorgfalt ist danach zu beurteilen, ob ein Artikelverfasser aufgrund sorgfältiger Recherchen hinreichende Gründe dafür gefunden hat, die von ihm veröffentlichte Behauptung für wahr zu halten. Journalisten trifft die Verpflichtung zur sorgfältigen Recherche und Prüfung der Zuverlässigkeit der Informationsquellen. Der Umfang dieser Prüfpflicht hängt von der Zuverlässigkeit der jeweiligen Informanten ab. Auf die Richtigkeit amtlicher Presseaussendungen oder des amtlichen Tätigkeitsberichtes einer Polizeiabteilung kann sich der Journalist in der Regel verlassen.

Die Presse trifft nur die Pflicht zur Wahrhaftigkeit, nicht aber zur objektiven Wahrheit. Das objektive und ernstliche Bemühen um eine wahrheitsgemäße Darstellung reicht aus, um eine strafrechtliche Haftung zu verneinen. Grunderfordernis für die Wahrnehmung journalistischer Sorgfalt ist die Einholung einer Stellungnahme der von einer Berichterstattung betroffenen Person; daran vermag auch der journalistische Zeitdruck nichts zu ändern. Journalistische Sorgfalt nimmt somit wahr, wer alle möglichen und zumutbaren Recherchen gewissenhaft durchführt.

Bei üblen Nachreden, die den höchstpersönlichen Lebensbereich betreffen, ist ein Wahrheitsbeweis nur hinsichtlich der Behauptung, daß die Behauptung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben steht, möglich.

#### **IV. Urheberrecht:**

Qualifikation eines Werkes im urheberrechtlichen Sinn: eigentümliche geistige Schöpfung der Literatur, der Tonkunst, den bildenden Künsten oder Filmkunst zurechenbar. Auch Werkteile können Schutz genießen, wenn sie für sich alleine der Qualifikation des Werkbegriffes entsprechen.

Geistige Schöpfung: Das der Außenwelt wahrnehmbare Ergebnis der Gestaltung eines bestimmten Vorstellungsinhaltes (also keine Zufallsprodukte) eigentümlich (individuell): persönliche Note, die durch geistige Arbeit der Schöpferin verliehen wurde, von anderen Erzeugnissen ähnlicher Art abgehoben. (Kein Allerweltserzeugnis).

Idee: Eine bloße Idee ist an sich nicht schützbar. Das Urheberrecht geht daher bei der den Bedingungen für den Schutzstandard aus, daß eine Idee ausgeformt werden muß, damit sie einen Schutz erlangen kann. Unter Ausformung versteht man nichts anderes, als das Zusammenfügen mehrerer Ideen in einer spezifischen Abhängigkeit zueinander, so daß sich ein Gefüge von an sich nicht schützbaeren Ideen zu einem Werk verbindet.

Veröffentlichungsrecht: Ohne Zustimmung des Urhebers oder Herstellers darf ein Werk weder veröffentlicht noch sonst verwendet werden, es sei denn, das Gesetz räumt hiezu ausdrücklich das Recht ein: **freie Werknutzung**.

Gem. § 76 a Urheberrechtsgesetz ist eine Rundfunksendung geschützt, unabhängig davon, ob daran Urheber- oder Leistungsschutzrechte bestehen oder nicht. Inhaber dieses Rechtes ist das Medienunternehmen.

§ 76a Urheberrechtsgesetz schützt die Simultanausstrahlung, das Aufnehmen auf Schallträgern und die Vervielfältigung und Verbreitung dieser Schallträger. Die Schutzdauer beträgt 50 Jahre. Werknutzungsbewilligungen und Werknutzungsrechte können allerdings vergeben werden.

O-Ton ist nicht zitاتفähig!